

# Rede zur Einweihung des Denkmals für Hans-Georg Jakobson

Strausberg, 28. Juli 2024



AMADEU  
ANTONIO  
STIFTUNG

Guten Tag liebe Anwesende. Danke für die Einladung und dass wir heute hier sprechen dürfen.

Ich freue mich sehr, dass so viele Menschen heute hier sind, zu diesem Anlass, der traurig ist, wütend macht und der gleichzeitig auch Hoffnung gibt. Hoffnung, dass ein menschenwürdiges Erinnern an Hans-Georg Jacobson und so viele andere Opfer rechtsextremer Gewalt nicht nur in Märkisch-Oderland endlich möglich wird. Hoffnung, dass aus der Erinnerung eine wirkliche Verantwortung für das Heute wächst und Hoffnung, dass es irgendwann gelingt, rechtsextreme Gewalt zu beenden und die verletzlichsten Angehörigen dieser Gesellschaft wirksam vor Gewalt und Mord zu schützen. Um das zu erreichen, liegt sehr viel Arbeit vor uns.

Im Namen der Amadeu Antonio Stiftung möchten wir den Engagierten der Gedenkinitiative (Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt Märkisch-Oderland des Alternativen Jugendprojektes 1260 e.V., der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschist\*innen (VVN-BdA) Märkisch-Oderland, den Jungen Humanist\_innen MOL und der S5 Antifa) danken. Dafür, dass sie so viele Jahre lang die Geduld und die Beharrlichkeit hatten und haben, die Erinnerung an Hans-Georg Jacobson aufrecht zu erhalten. Dafür, dass sie immer wieder an Entscheider\*innen herangetreten, sind und für einen würdigen Gedenkort gekämpft haben.

Danke, dass die Amadeu Antonio Stiftung einen kleinen finanziellen Beitrag zur Umsetzung des Denkmals leisten durfte.

Dass es über 30 Jahre seit der Ermordung von Hans-Georg Jacobson gedauert hat, dieses Denkmal zu errichten, hat auch damit zu tun, dass Hans-Georg Jacobson mutmaßlich wohnungslos war. In der öffentlichen Wahrnehmung kommen Wohnungslose und ihre Lebensumstände praktisch nicht vor oder nur dann, wenn sich Bürger\*innen und Politik vor einem Großereignis wie zum Beispiel der Fußball-Europameisterschaft darum sorgen, wie „das Stadtbild“, also wie die Präsenz wohnungsloser Menschen auf das „Image“ wirken könnte.

Ausschlüsse und Diskriminierungen wohnungsloser Personen haben eine lange menschenfeindliche Tradition. In der Zeit des Nationalsozialismus wurden sie als sogenannte „Asoziale“ staatlich verfolgt, inhaftiert oder in Konzentrationslagern interniert und ermordet. Bis heute ist die nationalsozialistische Verfolgung dieser Opfergruppe im kollektiven Gedächtnis kaum präsent und nicht aufgearbeitet. Die Marginalisierung und Kriminalisierung von Armut betroffener und wohnungsloser Menschen setzt sich nach dem 2. Weltkrieg bis in die Gegenwart fort.

Gemäß der Leipziger Autoritarismusstudie vertreten über 28% der gesamtdeutschen Bevölkerung sozialdarwinistische Ansichten und stimmen also Aussagen wie „Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“, oder „Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“, zu. Es sind diese menschenverachtenden Einstellungen, die zum Kern rechtsextremer Weltbilder gehören und deren Konsequenzen sich, wenn auch versteckt, in den Wahlprogrammen rechtsextremer Parteien finden, die aktuell großen Zulauf erhalten. Nach den Landtagswahlen ist also mit weiteren Verschlechterungen der Lebensbedingungen wohnungsloser Menschen zu rechnen.

Bereits jetzt werden finanzielle Mittel für Unterkünfte und Beratungsangebote vielerorts gestrichen, während die Zahl der Wohnungslosen ansteigt. Die Verbreitung sozialdarwinistischer Einstellungen führt dazu, dass Gewalttaten gegen Wohnungslose begünstigt, nicht beachtet oder bagatellisiert werden. Häufig wird das rechtsextreme Motiv bei Gewalttaten oder Morden an wohnungslosen Menschen gar nicht erkannt oder thematisiert. Wenn es doch mal öffentliche oder mediale Aufmerksamkeit gibt, wird oft eine klischeehafte, diskriminierende Sprache gewählt oder die betroffene Person wird hinter den Schilderungen psychischer Erkrankungen gar nicht sichtbar. Im gewaltsamen Tod wiederholt sich so die ausgrenzende Marginalisierung, mit denen wohnungslose Menschen leben müssen.

Unser Projekt „Selbstbestimmt erinnern“ hat bundesweit 219 Fälle rechtsextrem motivierter Morde seit den 90er Jahren drauf hin untersucht, welche Gedenkformen es für diese Menschen gibt. Es zeigt sich, dass wohnungslose Personen häufig Opfer werden, dass an sie aber am seltensten angemessen erinnert wird. Die Marginalisierung und Unsichtbarkeit setzt sich also auch in der Erinnerungskultur fort.

Der Tod Hans-Georg Jacobsons und dieses Denkmal sind Mahnung an uns alle, Verantwortung zu übernehmen und die Kontinuität menschenverachtenden Denkens und Handelns endlich zu durchbrechen.

Vielen Dank!